

Zeitschrift: Protar
Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes
Band: 29 (1963)
Heft: 1-2

Artikel: Die militärische Miliz des Ostblocks
Autor: H.A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-364040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Redaktionswechsel

Mit dem 28. Jahrgang 1962 der Zeitschrift «Protar» legte Nationalrat Dr. iur. Leo Schürmann, mit Rücksicht auf seine berufliche und politische Beanspruchung, das Amt eines Schriftleiters nieder. Am 1. Januar 1956 wurde er einhellig als Nachfolger von Dr. chem. Max Lütthi bestimmt. In den vergangenen sieben Jahren gab Dr. Schürmann dank seiner Initiative und seiner Weitsicht — in Verbindung mit einem beachtenswerten Mitarbeiterstab — dem Organ ein besonderes Gepräge.

Infolge dieser stetigen Entwicklung geniesst deshalb heute die «Protar» sowohl in zivilen wie auch in militärischen Kreisen ein hohes Ansehen. Aber auch den Behörden, der Privatwirtschaft und weiteren öffentlichen und privaten Vereinigungen und Organisationen leistete die periodisch erscheinende Publikation in ihrem angestammten Sektor eine ausserordentlich gute Unter-

stützung. Dabei dürfen wir erwähnen, dass insbesondere auch aus den westlichen Staaten unserer Hemisphäre viele Anerkennungsbezeugungen vorliegen.

Leser, Inserenten, Mitarbeiter und die Verlagsleitung sprechen an dieser Stelle Herrn Dr. Schürmann für seinen Einsatz den besten Dank aus.

Pläne und Vorschläge für den weiteren Ausbau der «Protar» liegen bereits vor. Hoffen wir deshalb zuversichtlich, dass es auch der neuen Schriftleitung gelingen möge, die sich stellenden Anforderungen im Dienste der Wehrbereitschaft und zum Wohle von Volk und Armee zu erfüllen.

Ab 1. Januar 1963 wird die Schriftleitung vorläufig von einer Redaktionskommission geführt.

Für die Herausgabe: Dr. H. Vogt

Die militärische Miliz des Ostblocks

Eine Uebersicht aus norwegischer Quelle

Bei der Betrachtung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West erkennt man bald, welche Bedeutung für die Erhaltung des Friedens es hat, dass die Nato über Atomwaffen verfügt. Während die Nato 21½ Divisionen aufweist, verfügt die sowjetische Wehrmacht allein in Europa über 100 Divisionen und die übrigen europäischen Staaten des Ostblocks zusammen über 65 Divisionen. Nach der kräftigen Aufrüstung von Ostdeutschland wird die gesamte zahlenmässige Macht der Nato übertroffen von der Truppenmacht, die heute nur in der deutschen Sowjetzone zusammengezogen ist. Die Sowjet-Wehrmacht hat dort zehn Panzerdivisionen und zehn motorisierte Divisionen stationiert, nebst sämtlichen gebräuchlichen Raketenwaffen (laut Radio Moskau) sowie 900 Flugzeugen. Ausser der Armee-gruppe Ostdeutschland des Sowjetheeres bestehen noch zwei Panzerdivisionen und vier motorisierte Divisionen des sogenannten ostdeutschen Volksheeres. Diese letztgenannten gehören zu den best-ausgerüsteten Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten; sie werden in gewohnter Weise verstärkt durch die dem Innenministerium unterstehenden Polizeitruppen, nämlich 48 000 Mann Grenzpolizei und 22 000 Mann Sicherheitspolizei im Innern.

Allein Ostdeutschland hat somit sehr zahlreiche Truppenbestände auf seinem Boden stationiert: ausser den 350 000 Mann des Sowjetheeres finden sich dort 90 000 Mann des «Volksheeres» (dazu gehören ausserdem eine beträchtliche Zahl «Zivilangestellte»), 70 000 Mann Polizei, die besonderen Sicherheits- und Bewachungstruppen in Berlin mit einem Be-

stand von 6200 Mann und schliesslich die 78 000 Mann Volks- und Verkehrspolizei, die ebenfalls in der Handhabung von Infanteriewaffen ausgebildet sind. Den herkömmlichen Truppengattungen wird also nach wie vor grosse Bedeutung beigemessen.

Die ostdeutsche Aufrüstung besteht indessen nicht allein darin, dass junge Männer zur Leistung von 2 bis 3 Jahren Wehrdienst aufgeboden werden. Schon in der Schule geht eine vormilitärische Ausbildung voran mit dem Leitspruch «Stets bereit zur Arbeit und zum Kampf», und die Wehrsportorganisation GST mit 625 000 Mitgliedern im Alter von 14 bis 25 Jahren bildet ihre Anhänger aus zu Piloten, Fallschirmspringern, Scharfschützen u. a. m.

Die «Arbeiter-Kampfgruppen» der Partei bilden eine ostdeutsche Besonderheit innerhalb der Aufrüstungsbestrebungen der Warschauer-Pakt-Staaten. Sie wurden im März 1953 gebildet, um als bewaffnete Sabotageabwehr in den staatlichen Betrieben und als Ehrengarde der Partei zu wirken. Der grosse ostdeutsche Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 zeigte dann, dass die Partei es nötig hatte, sich gegen das Volk zu schützen. (Der jetzige Oberkommandierende der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten, Marschall Andrei Gretscho, damals Statthalter in Ostdeutschland, setzte einzig gegen Leipzig so viele Kampfwagen ein, wie Rommel seinerzeit bei El Alamein einsetzen konnte.)

Die militärischen Aufgaben der Kampfgruppen traten hernach allmählich deutlich zutage. Der erste zentrale Kurs für Kampfgruppen-Führer, mit 600 Teilnehmern, fand 1955 im Lager Ludwigsfelde statt. Das Tagesprogramm dauerte jeweils von 7 Uhr morgens bis 23 Uhr nachts; zweimal wöchentlich



Von einem Kinderfest der «Nationalen Volksarmee» im Pinierpark Ernst-Thälmann in Ostberlin, an dem Nachrichtensoldaten die Funkgeräte erklären

wurden feldmässige Uebungsmärsche über 30 km durchgeführt. Zu jener Zeit hatten die Kampfgruppen bereits Stützpunkte errichtet in Türmen, Dachräumen und andern beherrschenden Stellen, von denen aus die Fabriken gut überwacht und geschützt werden konnten. Die Stützpunkte wurden durch Feldtelefone mit den Kommandozentralen der Volkspolizei verbunden.

Die Errichtung des Oberkommandos der Warschauer-Pakt-Truppen am 14. Mai 1955 bewirkte, dass auch die Aufgaben der Kampfgruppen vermehrt wurden. In einer Entschliessung über die Ziele sprach sich die Partei folgendermassen aus:

«Unsere Betriebskampfgruppen sollen entwickelt werden zu festgefügt, wohlausgebildeten, schlagkräftigen Einheiten — zu Arbeiterbataillonen. Sie sollen ein leistungsfähiges Glied der Landesverteidigung werden, imstande, die Betriebe zu schützen sowie auch — wenn die Lage es erfordert — zusammen mit der Volkspolizei zu kämpfen gegen bewaffnete Terroristen- und Störungsgruppen, die in ihrem Revier auftreten, und so die Sicherheit der Republik aufrechtzuhalten.»

Die Organisation der Betriebskampfgruppen

Der 300 000 Mann starke Bestand wird vor allen Dingen gestellt durch wohlgeschulte Kommunisten;

aber auch «klassenbewusste» Anhänger dürfen seit dem April 1954 als gewöhnliche Mitglieder die Reihen füllen. Darüber, wer als Mitglied aufgenommen wird, entscheidet die örtliche Parteileitung; der Sicherheitsausschuss des Zentralkomitees der Partei hat nämlich wiederholt hervorgehoben, dass politische Zuverlässigkeit vor allen andern Fähigkeiten den Vorrang habe.

Die Mitglieder sollen zwischen 25 und 55 Jahre alt sein und durch eine ärztliche Musterung als diensttauglich befunden werden. Die Jungen (unter 25) werden an die GST (Wehrsportorganisation) oder zum Heer gewiesen, während die 55- bis 60jährigen als Kampfgruppen-Reserve ausgeschieden werden und ausschliesslich ortsgebundene Aufgaben, wie z. B. Sabotageabwehr, erhalten. Einzelne Frauen werden in den Sanitätsgruppen aufgenommen. Bei der Aufnahme haben die Mitglieder folgenden Treueid abzulegen:

«Ich bin bereit, als Vorkämpfer der Arbeiterklasse die Befehle der Partei auszuführen, jederzeit mit der Waffe in der Hand die Deutsche Demokratische Republik und ihre sozialistischen Errungenschaften zu schützen und für sie mein Leben einzusetzen. Das verspreche ich.»

Eine Hundertschaft (Kompanie) untersteht einem Leiter, der verantwortlich ist für Ausbildung, Disziplin und politische Zuverlässigkeit. Er wird unter-

stützt durch Instruktoressen von der Volkspolizei. Ferner gehören dem Stabe an ein politischer Vizeleiter, der durch die örtliche Parteileitung ernannt und durch die Kreisparteilitung anerkannt wird, sowie Vizeleiter für Verwaltung und Versorgung. Die Kompanie besteht aus dem Stab, drei Zugführern, drei Zugführer-Stellvertretern, neun Gruppenführern und neun Gruppenführer-Stellvertretern sowie 72 gemeinen Kämpfern, zusammen also 102 Mann. Seit 1958 sind die Kompanien den Bataillonsstäben



Ein Ausschnitt aus militärischen Massenübungen in Ostberlin

unterstellt, die Bataillonsstäbe unterstehen den Regimentsstäben («Unterstäben»), und die Regimenter sind zu Brigaden mit «Zentralen Kampfstäben» an der Spitze zusammengefasst. Die Brigaden werden geleitet vom zentralen Kampfgruppenkommando des Innenministeriums unter der Aufsicht des Sicherheitsausschusses der Partei. Die lokalen Parteistellen sind verpflichtet, über Bewaffnung, Ausbildung und politische Zuverlässigkeit die Kontrolle auszuüben.

Seit dem Januar 1959 haben die Kampfgruppen nicht mehr die Aufgabe, Objekte zu schützen, sondern sie haben — in Zusammenarbeit mit andern militärischen Einheiten — die inneren und äusseren Feinde des Regimes zu bekämpfen. Die Kompanieführer werden durch die Volkspolizei in den Lagern Zillbach und Prora auf Rügen ausgebildet. Die Kampfgruppen selbst durchlaufen ein Ausbildungsprogramm von 132 Stunden, verteilt auf 33 Wochen (durchschnittlich vier Stunden wöchentlich). In den ersten Wochen stehen Waffenkenntnis und Schiessen mit Karabiner und Maschinenpistole im Mittelpunkt. Es folgen Orientierungsübungen bis zur 10. Woche, dann kommt das Maschinengewehr an die Reihe. Der Rest der Zeit ist den Aufgaben gewidmet «Die Gruppe in der Verteidigung», «Die Gruppe im Angriff», «Der Zug im Ortskampf» usw., genau nach den Reglementen der Volkspolizei. Der Nachkampf und namentlich der Strassenkampf sind wich-

tige Ausbildungsgebiete, vor allem als Folge des Schreckens, den die Partei während der Volkserhebungen in Polen und Ungarn im Oktober 1956 bekommen hatte.

Der erreichte Ausbildungsstand wird auf der Höhe gehalten durch einen monatlichen Übungstag, in der Regel von 6.30 Uhr bis 16 Uhr oder 18 Uhr. Die teilnehmenden «Genossen Kämpfer» werden von «Arbeits- und Familienpflichten befreit». (Die Fabriken müssen im voraus einen Teil der «Arbeit» finanzieren, indem sie u. a. Ausbildungsmaterial liefern.) Es kann auch um weitgehende Ausbildung ersucht werden. Seit dem März 1959 werden die Kampfgruppenführer wie die Offiziere der Reserve des Volksheeres ausgebildet.

Die Uniform ist ein olivgrünes zweiteiliges Ueberkleid mit Sportmütze, roter Armbinde und Ledermontur. Die Bewaffnung besteht hauptsächlich aus Waffen deutschen Modells, aber auch sowjetische Handgranaten und Maschinenpistolen (M/41) werden gebraucht. Die im Gebrauch befindlichen Waffen sind: Karabiner 98k, Sturmgewehr 44, Pistole 08, Maschinenpistolen 44 und 41 sowie die leichten Maschinengewehre 34 und 42.

In Industriegebieten hat seit dem Herbst 1959 jedes vierte Bataillon schwere Waffen und Panzerwagen C-7 von sowjetischer Bauart. Das schwere Bataillon besteht aus zwei motorisierten Infanteriekompanien auf gepanzerten Mannschaftswagen und einer schweren Kompanie, bestehend aus einem Panzerabwehr-Kanonen-Zug, einem Zug mit schweren Maschinengewehren und einem Zug mit Mörsern. Darüber hinaus sind in einer Stabskompanie ein Pionier-, ein Funker- und ein Feldtelefonzug zusammengefasst. Die schweren Bataillone unterstehen direkt der Leitung des Bezirkskommandos der Volkspolizei.

In der Masse, wie die Kommandanten ausgebildet und die Kader aufgefüllt werden, kommen neue Waffen hinzu. Die Schule bei Wartin bildet gegenwärtig aus jeder Kompanie bis zu zehn Fallschirmjäger aus. Die Mitgliederzahl soll in Zukunft auf über 300 000 festgesetzt werden.

Aus dem Ueberwachungskorps der Partei haben sich die Kampfgruppen zur schwer bewaffneten Garde des Parteichefs Ulbricht entwickelt und sollen eine wertvolle Ergänzung des Volksheeres bilden. In Wirklichkeit sind die Kampfgruppen eine territoriale Miliz, die notwendig wurde wegen der besonderen Wehrpflicht-Ordnung und wegen der bis vor kurzem andauernden Massenflucht. Wieviel sie wirklich wert sind, lässt sich daraus ersehen, dass Waffen und Ausrüstung ausserhalb der Dienstzeit durch die Volkspolizei bewacht werden und dass die Mitglieder der Kampfgruppen nicht einmal die Uniform bei sich aufbewahren dürfen. Die gemeinsamen Übungen mit Heer, Polizeitruppen und Wehrsportverbänden (GST) haben einstweilen enttäuscht. Trotzdem befindet sich diese Parteimiliz in stetigem Ausbau.

Das Territorialsystem der Sowjetunion

Arbeitermilizen kennt man auch in andern «sozialistischen» Ländern. Die chinesische Volksmiliz «Ming Bing» zählt 200 Millionen Mitglieder, von denen etwa 10 Millionen eine Art militärischer Ausbildung erhalten. Ebenfalls wird man sich erinnern an die Arbeiter-Kampfgruppen, welche im Jahre 1948 durch den Prager Handstreich «den friedlichen Uebergang der Tschechoslowakei zum Sozialismus» vollzogen.

Die ungarische Arbeitergarde MES und die polnische Ormo spielen allem Anschein nach bei der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe die grösste Rolle. Die «Arbeitermiliz» der Sowjetunion ist die unbewaffnete Hilfspolizei der Partei, welche gegen die unfügsame Jugend eingesetzt wird. (Die Polizei heisst in der Sowjetunion «Miliz».)

Die Beschlüsse des Obersten Sowjets vom 14. Januar 1960 über die Umorganisation des Wehrwesens enthalten indessen Pläne, nach denen die Kaderdivisionen und das Wehrpflichtsystem ergänzt werden sollen durch territoriale Milizdivisionen, deren Mannschaften eine militärische Ausbildung erhalten, ohne dass sie ihre zivile Tätigkeit aufgeben müssen. Die neuen Waffen haben die Feuerkraft der Sowjetstreitkräfte erhöht und einen Teil des Mannschaftsbestandes überflüssig gemacht (wenngleich kubanische Offiziere nach ihrer Heimkehr aus Moskau berichteten, die geplante Entlassung von 1,2 Millionen überflüssigen Soldaten sei zum Stillstand gekommen). In seiner Rede zur Vorlage kündigte Ministerpräsident Chruschtschew an, dass zur Unterstützung des Kaderheeres ein territoriales Milizsystem eingeführt werden solle, und zwar nach denselben Richtlinien wie dasjenige von Verteidigungskommissar Frunze in den Jahren 1924—1939. Etwas geändert würden lediglich die äussere Form und die Art des Einsatzes. Die Angehörigen des Territorialheeres sollen die modernen Waffen handhaben lernen; die Truppen sollen rasch mobilisiert und durch Flugzeuge und andere militärische Transportmittel schnell dort eingesetzt werden können, wo es notwendig und erwünscht ist.

Die ersten Territorial-Einheiten der Sowjetunion entstanden auf Grund einer Verordnung des Militärates vom 11. August 1923, welche den Grundstock der Militärreform von 1924—1928 bildete. Das Territorialprinzip bestand darin, dass die Einheiten in kurzen Zeitabschnitten innerhalb ihres Wohnbezirks («Rayon») ausgebildet wurden, und dass sie, im Gegensatz zu den Kaderdivisionen, während der Ausbildungszeit kaum je auf volle Kriegsstärke gebracht wurden. Die Stamm-Mannschaften machten nur etwa 16 % der Kriegsstärke aus, und daher kostete eine Territorialdivision nur etwa 34 % dessen, was eine Kaderdivision kostete.

Vor dem Aufgebot zum Territorialdienst mussten die jungen Leute zwischen 18 und 19 Jahren eine «allgemeine Vorbereitung auf den Militärdienst»

durchlaufen (Vsevobuch), die insgesamt 420 Stunden dauerte. Der Dienst selbst dauerte alles in allem 8 bis 11 Monate, verteilt auf fünf Jahre und aufgeteilt in Zeitabschnitte, welche zwei Monate nicht überschreiten sollten. Die Artillerie hatte selbstverständlich die längste Dienstzeit. Bei alledem wurde die zivile Arbeit der Einberufenen nicht annähernd so empfindlich gestört wie durch eine Einberufung zu einer Kadertruppe. Der Ausbildungsplan des militärischen Vorunterrichts (Vsevobuch) und der



Aufmarsch der sogenannten «Gesellschaft für Sport und Technik» in Leipzig mit einer Gruppe bewaffneter Mädchen

ersten Dienstzeit von zwei Monaten sah folgendermassen aus:

	Vsevobuch Stunden	Erste Einberufung Stunden
Politische Unterweisung	75	72
Sanitätsdienst	6	12
Dienstliche Kenntnisse	20	16
Garnisonsdienst		20
Körperliches Training	45	36
Waffenlehre	75	40
Chemische Kriegführung	6	15
Taktische Uebungen	83	159
Schiessen	110	136
Kartenlehre		20
Pionierarbeit		14
	420	540

Zu jedem Territorialregiment gehörte ein Stammpersonal, bestehend aus allen Vorgesetzten vom Sergeant bis zum Oberst sowie aus dem Instruktorenstab bei der Kaderschule des Regiments. Diese Schule dauerte zwölf Monate und schloss jeweils im Mai ab, wonach die neuen Befehlshaber ihren Dienst antra-

ten und neue Rekruten ausbildeten. Im August wurden dann die älteren Jahrgänge der Miliz zu Wiederholungsübungen und Herbstmanövern aufgeboten. Den Hauptteil der Territorialtruppen bildeten Infanteriedivisionen, da deren Waffen und übriges Material am einfachsten zu handhaben und zu unterhalten war.

Chruschtschews Absichten, dieses System in moderner Form wieder einzuführen, sind von militärischer Seite auffallend spärlich erörtert worden. Die Mannschaftszeitung des politischen Hauptdirektoriums, die «Krasnaja Zvezda», brachte immerhin am 4. März 1960 eine kurze Uebersicht über die militärische Bedeutung des Plans zur Zeit Frunzes. Oberst Prakhov beteuerte, dass auch diesmal der Uebergang zum Territorialsystem keineswegs bedeute, dass etwa das reguläre Kaderheer aufgelöst werde. Es wurde ferner angedeutet, man könne mit dem neuen System die Mannschaften von vier Territorialdivisionen ausbilden mit einem Betrag, der für den Unterhalt nur einer Kaderdivision aufgewendet werden müsse. Der Stand der Volksbildung und der Schulung sowie die Tätigkeit des freiwilligen Wehrverbandes Dosaaf haben zur Folge, dass die jungen Sowjetbürger weit schneller als früher lernen, die neuen, meist komplizierteren Waffen zu handhaben. Entsprechende Fortschritte sind auch erzielt worden auf dem Gebiet der Unterweisung selbst. Daher wird jetzt die Miliz-Ausbildung ganz andere Möglichkeiten haben als damals, 1924.

Die militärische Entwicklung innerhalb des Ostblocks scheint offenbar vermehrtes Gewicht zu legen auf grosse Truppenkörper herkömmlicher Art: Kampfberete Kaderdivisionen mit langer Dienstzeit und technisch komplizierter Ausrüstung werden

unterstützt durch grosse Milizverbände herkömmlicher Art, jedoch mit moderner Bewaffnung. Diese Milizen scheinen in allen Punkten die Heimwehr des Nordens an Umfang und Schlagkraft zu übertreffen, wobei dies gerade unter der gegenwärtigen militärischen Entwicklung die Bedeutung der Heimwehr noch mehr hervorhebt.

Die Entwicklung eröffnet den westlichen Demokratien nicht gerade die glänzendsten Aussichten. Während die Heere der Warschauer-Pakt-Mächte an Umfang und Schlagkraft verstärkt werden, flöten die kommunistischen Parteien die Melodie der «friedlichen Koexistenz». Die letzte November-Erklärung hält wieder einmal fest, der Ostblock kämpfe «für Frieden und Sozialismus», und die Ursache des Krieges sei erst dann beseitigt, wenn der Westen endgültig durch den Kommunismus besiegt sei. Diese klare Kriegserklärung kommt indessen in Chruschtschews Umschreibung der «friedlichen Koexistenz» zum Ausdruck als Krieg mit wirtschaftlichen und politischen — nur nicht mit militärischen — Mitteln. Moskau meint, diese Kampfformen reichten für den Sieg aus, während Peking für jenen Teil des Ostblocks das Wort führt, der für eine sofortige militärische Grossaktion eintritt; einstweilen ist jedoch diese Gruppe noch in der Minderheit. Sollte es zum Krieg kommen, wäre der Ostblock dazu bereit. Ueber einen allfälligen Grösskrieg hat Chruschtschew geäussert:

«Wir sind überzeugt, dass die Menschheit in einem neuen Krieg nicht zugrunde gehen wird; sie wird nur endlich und endgültig die verfaulte kapitalistische Gesellschaftsform abschütteln — jenes System, das den Krieg hervorbringt...» H.A.

Die militärische Geheimhaltung in der Schweiz: «Pressefreiheit kein Freibrief»

Der Begriff der Pressefreiheit beinhaltet auch eine hohe Verpflichtung. Jedes Volk hat die Presse, die es will und verdient. Keine unnötige Geheimniskrämerei, aber auch keinen Sensationsjournalismus um jeden Preis. Militärische Sicherheit hat Vorrang.

*

Die «Spiegel-Affäre» in der Bundesrepublik Deutschland und andere Begleiterscheinungen haben in verschiedenen Ländern das Problem der Geheimhaltung im Interesse der Staatssicherheit, vor allem auf dem Gebiete der Landesverteidigung, in den letzten Monaten in den Vordergrund rücken lassen. Ein Problem, das im Widerstreit der Meinungen die Grundlagen jedes demokratischen Staatswesens, die Pressefreiheit, tangiert und daher immer wieder zu heftigen Diskussionen führt. Es hat sich in den Diskussionen aber gezeigt, dass die Pressefreiheit an beide Partner, an die Behörden wie auch an die Presse Forderungen zu stellen hat und die Bewah-

rung dieses kostbarsten Gutes einer Demokratie von allen Bürgern guten und ehrlichen Willens gehütet werden muss.

Selbstdisziplin ist notwendig!

Die Pressefreiheit ist kein Freibrief für einen uneingeschränkten Sensationsjournalismus, der sich, bar jeder Verantwortung, aller Mittel bedient, um hemmungslos Auflage und Gewinn zu steigern und die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die Presse selbst sollte durch eine freiwillig auferlegte Selbstdisziplin ihren wichtigen Beitrag dazu leisten, damit die Pressefreiheit erhalten bleibt. Das Volk hat es aber als Käufer oder Abonnent selbst in der Hand, die Anstand und Verantwortung achtenden Presseorgane zu unterstützen oder der verantwortungslosen Sensationspresse noch höhere Gewinne und Auflagen zuzuschancen, damit aber selbst die Grundlagen einer gesunden Presse untergrabend. Es